Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 13. Juni 1928
Mittwoch Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 68, Ritterstraße 50. Fernsprecher: A 7, Amt Dönhoff 8937—8949. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Das Unterhaltungsblatt • Das neue Buch
Kraft und Stoff • Weltverkehr
Wirtschaft und Recht

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif :—: :—:

67. Jahrgang
13. 6. m Nr. 271 10 Pfennig

Zum Tage

Vom Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond ist Jost Terhaar, mehrjähriger Genfer Vertreter deutscher Zeitungen, zum Leiter des Berliner Büros der Informationsabteilung des Völkerbundes ernannt worden.

*

Der in die Spionageaffäre des russischen Militärattachés verwickelte schwedische Leutnant der Küstenartillerie, Norberg, ist vom Kriegsgericht mit fünf Monaten Gefängnis und Dienstentlassung bestraft worden.

*

In Griechenland ist ein Tabakarbeiterstreik ausgebrochen. Es kam zu Zusammenstößen der Streikenden mit Gendarmen.

*

Das japanische Kabinett hat die verschärfende Revision des „Gesetzes zur Aufrechterhaltung des inneren Friedens" angenommen.

Antikriegspakt und Gilbert-Bericht

Die Auffassung maßgebender französischer Stellen

fs. **Paris**, 12. 6. (Eigenbericht)

Der „Temps" nimmt sowohl zu der letzten Phase des Kellogg'schen Antikriegspaktes wie zu dem Bericht Parker Gilberts in einem Sinne Stellung, der dem in maßgebenden Kreisen herrschenden durchaus entsprechen dürfte. Die französischen Vorbehalte sind mit einer solchen Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden, daß man den französischen Standpunkt erneut darzulegen sich nicht veranlaßt sieht. Darüber hinaus ist man der Auffassung, daß die letzten Erklärungen der amerikanischen Regierung für den französischen Standpunkt volles Verständnis bekunden, und daß die einzige Frage, um die es sich jetzt noch handelt, die ist, ob man überhaupt diese Vorbehalte noch in dem Pakt ausdrücklich erwähnen soll und, falls man dies für notwendig halten sollte, auf welche Weise dies zu geschehen hat, in dem Vertrage selbst, in der Präambel oder in seinen Annexen. Es handelt sich also nicht mehr um materielle Fragen, sondern lediglich um solche formeller Art, die ohne Schwierigkeiten zu überwinden sein werden. Im übrigen wartet man die letzten präzisen Vorschläge der amerikanischen Regierung ab und rechnet mit einem Zustandekommen des Paktes in kürzester Frist.

Ueber die Bemühungen Parker Gilberts, die Endsumme der Reparationen ohne Zusammenhang mit den interalliierten Schulden zu regeln, urteilt man außerordentlich skeptisch, da Frankreich ohne gleichzeitige Regelung des interalliierten Schuldenproblems nicht nur die Deckung seiner Schuld an Amerika aus den deutschen Zahlungen erwartet, sondern gleichzeitig die Entschädigung für den Wiederaufbau und darüber hinaus noch einiges mehr. Da England nach wie vor auf dem Boden des Balfour-Memorandums steht und Belgien die Festsetzung der Gesamtschuld dazu benutzen würde, um Kompensationen für die während der Besetzung ausgegebenen Markbeträge zu beanspruchen, so sieht man nicht, wie die Absicht Parker Gilberts zu einem Erfolge führen könnte.

Die innerpolitische Lage wird in dem Sinne, wie sie hier bereits auseinandergesetzt worden ist, heute auch vom „Journal de Debats" behandelt, das darauf hinweist, daß bei Poincaré allein alle Fäden in der Stabilisierungsfrage zusammenlaufen und daß niemand ihm die Initiative abnehmen könne oder wolle. Man habe aber weder den Wunsch, Poincaré zu behindern noch zu überreden, und man müsse sich mit doppelter Besorgnis fragen, was nach der Stabilisierung aus der Mehrheit werden solle, und auf welcher politischen Basis man die sich ergebenden finanziellen Fragen regeln könne.

Auch die „Liberté" betont, daß sowohl das Datum der Stabilisierung wie deren Niveau ganz allein von der Entscheidung Poincarés abhängen. Der „Temps" bemüht sich täglich, die Linken davon zu überzeugen, daß sie den Gedanken des Kartells aufgeben müsse und daß ihr Heil nur in der Zusammenarbeit mit der Rechten liege. Ein deutlicher Beweis dafür, wie wenig man auf der Linken geneigt ist, sich zu stark mit der Rechten zu verbinden.

Badstieber „belastet" seine Vorgesetzten

ms. **Moskau**, 12. 6. (Eigenbericht)

Bei der heutigen Vernehmung belastete der deutsche Angeklagte Badstieber, der einen gänzlich verwirrten, ja nahezu geistesgestörten Eindruck macht und der sein proletarisches Klassenbewußtsein ganz besonders betont, seine Vorgesetzten Seebold sowie Köster noch über das Ausmaß der Voruntersuchung hinaus. Die Firma Knapp habe minderwertige Maschinen geliefert, für deren Abnahme Köster und Seebold Schmiergelder gezahlt haben. Gänzlich unmotiviert berichtet Badstieber noch, er habe dem Ingenieur Seebold auf dessen Wunsch zwei Paar Damenstrümpfe und ein Grammophon zollfrei mitgebracht (!).

Badstiebers Erregung, seine kommunistische Phraseologie und die Belastung der Mitangeklagten, sowie seiner eigenen Firma lösten beim Staatsanwalt Krylenkow ein anhaltendes Lächeln aus und brachten ihm die Sympathie des russischen Publikums ein.

Weimar, 12. 6.

Die Gnadengesuche für den ehemaligen Oberstaatsanwalt Dr. Frieders in Weimar und die Niederschlagungsanträge für die Disziplinarverfahren gegen ihn wurden im Landtag mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die der Sozialdemokraten und Kommunisten im Verhältnis von 4 : 3 abgelehnt.

Erster Tag der Regierungsbildung

Verhandlungen, Fraktionssitzungen, sachliche Differenzen

Der sozialdemokratische Fraktionsführer Müller-Franken hatte Dienstag nachmittag eine mehrstündige Besprechung mit Vertretern der eigenen und der Zentrumsfraktion; sie galt, wie ein inhaltvolles Communiqué besagt, „der Schaffung der sachlichen Voraussetzungen für die Regierungsbildung". Zu einem Abschluß kam man noch nicht, vielmehr sollen die Verhandlungen heute weitergeführt werden.

Ueber den Stand der Besprechungen werden sehr verschiedenartige, keineswegs aber sehr optimistische Urteile verbreitet. Tatsächlich scheint man über die Erörterung eines Teiles der vom Zentrum angeschnittenen Fragen, nämlich über die Wahlrechts- und Schulfrage, nicht hinausgekommen zu sein. An den Verhandlungen nahmen teil die Zentrumsabgeordneten v. Guérard, Stegerwald, Esser und Perlitius, sowie die Sozialdemokraten Müller-Franken, Hilferding, Hertz, Wels, Breitscheid und Graßmann.

Nach den interfraktionellen Besprechungen trat die Zentrumsfraktion zusammen. Sie wollte — nach der am Vormittag erfolgten Beschäftigung mit wirtschaftlichen Fragen, über die der Abg. Lammers referiert hatte — die Personalfragen erörtern. Auch hier wurde die Weiterverhandlung auf Mittwoch vertagt. Heute treten ferner die beiden Fraktionen der Deutschen Volkspartei zusammen. Es ist anzunehmen, daß dann die interfraktionellen Besprechungen unter Einbeziehung von Vertretern der Volkspartei und Demokraten fortgeführt werden.

Ueber ihre Aussichten läßt sich nach dem gegenwärtigen Stande nicht viel sagen. Immerhin haben sich einige Einzelheiten schon geklärt. So wird Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, bei einem mehrmonatigen Erholungsurlaub, sein Amt behalten. Die Besetzung des Finanzministeriums ist im wesentlichen zwischen Dr. Köhler und Dr. Hilferding strittig. Für das Justizministerium wird neuerdings der demokratische Parteiführer Koch-Weser genannt, der hier mit dem Zentrumsfraktionsführer v. Guérard in engerem Wettbewerb steht.

Aber die Personalfragen haben noch gute Weile, nachdem sich die Auffassung des Zentrums durchgesetzt hat, daß vorher eingehende sachliche Auseinandersetzungen nötig sind. Müller-Franken, der gleich am Mittag nach seiner Betrauung durch den Reichspräsidenten die einzelnen Parteiführer der Reihe nach empfangen hatte, hält an seiner Absicht fest, die Verhandlungen so beschleunigt wie möglich zum Abschluß zu bringen.

Hermann Müller

Heute Reichstags-Eröffnung

Der Reichstag tritt heute nachmittag 3 Uhr zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Alterspräsident Bock (Soz.), der auch schon die letzten Reichstage aus der Taufe gehoben hat, wird die Sitzung eröffnen und die Verhandlungen leiten. Der erste Tag bringt nur den Namensaufruf, der Gelegenheit gibt, insbesondere die neugewählten Abgeordneten in Augenschein zu nehmen. Erst der zweite Tag bringt die Wahl des Präsidiums. Die Sozialdemokraten präsentieren als Präsidenten wieder ihren hier seit Jahren bewährten Paul Löbe. Die Vizepräsidenten sind noch nicht nominiert, doch wird auch in den Reichstag voraussichtlich ein kommunistischer Vizepräsident einziehen.

Es ist anzunehmen, daß energische Vorkehrungen getroffen sind, um eine Wiederholung solch häßlicher Szenen, wie sie das Wirken des neuen Preußischen Landtags einleiteten, unmöglich zu machen. Andernfalls muß gefordert werden, daß derartige Vorkehrungen noch rechtzeitig genug ergriffen werden.

Die Reorganisation der Deutschnationalen

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Dienstag mit **den Lehren des Wahlausfalls. Auf Vorschlag des Grafen Westarp wurde von der Neuwahl des Fraktionsvorstandes vorläufig Abstand genommen. Die Konstituierung** der neuen Fraktion mit der Verteilung der Aemter soll erst in einigen Wochen erfolgen, sobald die bereits eingeleitete Reorganisation der Partei weiter fortgeschritten ist.

Wenn im Zusammenhang mit dieser Maßnahme davon gesprochen wird, die Stellung des Grafen Westarp innerhalb der Deutschnationalen Partei sei erschüttert, so geht das wohl fehl. Wir haben selbst vor einiger Zeit von Rücktrittsabsichten Westarps berichtet, aber hinzugefügt, daß trotzdem, gerade mit Rücksicht auf die nötige Reorganisation der Partei, seine Wiederwahl zu erwarten sei. Allerdings ist ein Unterschied zu machen zwischen Parteiführer und Fraktionsführer, — Posten mit ganz verschiedenen Aufgaben, die früher nicht immer in der gleichen Hand vereinigt waren und auch bei den meisten anderen Parteien von verschiedenen Persönlichkeiten wahrgenommen werden.

Unter dem kommunistischen Landtagspräsidenten

Neue Rede Otto Brauns

Im Preußischen Landtag amtierte am Dienstag zum ersten Male ein Kommunist, nämlich der neugewählte kommunistische Vizepräsident Schwenk. Es war ein eigentümliches Zusammentreffen, daß der Landtag ausgerechnet an diesem Tage den Bauernparteiler Dr. Ponfick, der neulich von den Kommunisten blutig geschlagen worden war, wegen Krankheit auf 14 Tage beurlauben mußte.

Das Haus führte die allgemeine Aussprache über die Regierungserklärung weiter, wobei zunächst der Kommunist Kasper eine wilde Rede hielt. Der Demokrat Volk polemisierte gegen die Wirtschaftspartei, der er maßlose Agitation vorwarf. Er begrüßte die Ausführungen des Ministerpräsidenten, verteidigte die Beamtenpolitik des Staatsministeriums und begründete den Flaggenantrag der Regierungsparteien, wobei er folgendes sagte: Man muß verstiegene Stadtverordnetenversammlungen und wildgewordene Oberbürgermeister zur Ordnung rufen im Interesse des einigenden Willens unseres Ordnungsstaates.

Die Deutschnationalen wollen den Staatsgerichtshof anrufen

Der Deutschnationale Baecker kündigte an, daß seine Fraktion den Staatsgerichtshof anrufen werde, um endlich die Frage zu klären, ob das Staatsministerium nach der Neuwahl zurücktreten müsse oder nicht. Der Redner beschwerte sich insbesondere über die Art, wie der jetzige Staat Menschen behandele, die ihm in der bittersten Not geholfen haben (Beifall rechts). Er sagte: Wir dienen dem jetzigen Staat mindestens ebensogut und loyal wie irgend jemand mit republikanischem Patent in der Tasche. Der Redner kritisierte ferner die Agrar- und Kulturpolitik des neuen Regimes. Nur durch eine Politik nationaler Selbstbehauptung werde Preußen wieder zur alten Größe gelangen.

Ministerpräsident Braun

nahm in einer neuen Rede Gelegenheit, sich mit den Oppositionsrednern auseinanderzusetzen. Zu Beginn seiner Rede hatte der neue kommunistische Vizepräsident Schwenk Gelegenheit, seine Befähigung für den Schutz der Ordnung nachzuweisen. Gegenüber einem Nationalsozialisten, der den Ministerpräsidenten durch Zurufe „Redefreiheit für Adolf Hitler" zu stören suchte, wurde er sehr energisch, erteilte ihm einen Ordnungsruf und drohte schließlich, zu anderen Mitteln zu greifen.

Der Ministerpräsident wies Angriffe des Kommunisten Kaspar gegen den Nuntius Pacelli aufs schärfste zurück. Er nahm die Polizei gegen kommunistische Angriffe in Schutz und sprach den Schupobeamten, die bei den letzten Zusammenstößen eine schwere Probe bestehen mußten, seine Anerkennung aus.

Eingehend setzte sich der Ministerpräsident mit der Feststellung der Deutschnationalen auseinander, daß er überhaupt zu unrecht amtiere, weil er nach den Neuwahlen nicht zurückgetreten sei. (Zustimmung rechts.) Er räumte den Deutschnationalen ihr Recht ein, den Staatsgerichtshof über diese Frage anzurufen. Er selbst sei der Auffassung, und zwar auf Grund der verfassungsrechtlichen Bestimmungen, daß der Ministerpräsident nach seiner Wahl durch den Landtag so lange amtieren könne, bis ihm das Vertrauen entzogen werde. Sollte eine Wahl so ausfallen, daß das Ministerium in die Minderheit gerät, so sei es parlamentarischer Brauch, zurückzutreten, andernfalls aber nicht.

Ministerpräsident Braun polemisierte ausführlich gegen die Argumente der Deutschnationalen aus dem Wahlkampf und gegen Methoden des Landbundes. Hierbei kam es zu längeren stürmischen Unterbrechungen. Braun behauptete, daß der verarmte preußische Staat mehr für die Landwirtschaft aufgewendet habe als das reiche frühere Preußen. Auch hierbei gab es neue Unterbrechungen und Lärmszenen. Braun erklärte, unter einem deutschnationalen Reichsfinanzminister seien so viel Steuern zuviel erhoben worden, daß man sogar mehr als vorgesehen, an den Reparationsagenten abführen mußte. (Lärm rechts.) Braun schloß seine Rede: Wir haben in den letzten Jahren hier in Preußen den Beweis erbracht, daß die aufbauenden Kräfte hinter der Regierung und die zersetzenden Kräfte auf Ihrer Seite (nach rechts) stehen.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger erörterte die Bewegung der Schweinepreise. Ferner sprachen die Abgeordneten Ladendorf (Wirtschaftspartei), der gegen Zentrum und Demokraten polemisierte, und Keller (Deutsche Fraktion).

Das Haus vertagte sich auf Mittwoch 12 Uhr. Die Abstimmung über die Mißtrauensanträge findet erst Donnerstag statt.

Die Berliner Wertzuwachssteuerordnung nicht genehmigt

Der Oberpräsident von Brandenburg als Aufsichtsbehörde hat, wie wir erfahren, der neuen Berliner Wertzuwachssteuerordnung seine Zustimmung versagt. Vor allem wird eine Milderung der Bestimmungen für den Altbesitz vom Oberpräsidenten verlangt.

Hoover aussichtsreichster Präsidentschaftskandidat

Eröffnung des Republikanischen Parteikonvents in Kansas City

tl. **New York**, 12. 6. (Eigenbericht)

Der Republikanische Parteikonvent ist am Dienstagnachmittag 5 Uhr deutscher Zeit in Kansas City zusammengetreten, um sich darüber schlüssig zu werden, welche Parteipersönlichkeit zum offiziellen Präsidentschaftskandidaten bestimmt werden soll. Die Stadt hatte sich in ein Festgewand gehüllt. Zu Ehren der aus allen Teilen des Landes herbeigeströmten Delegierten wehten von allen Häusern Fahnen in den Farben der einzelnen Staaten. In den Straßen herrschte seit den frühen Morgenstunden ein ungewöhnliches Leben. Die Hotels hatten schon seit Wochen alle verfügbaren Räume vermietet.

Um 4 Uhr nachmittags begann der

Einzug der verschiedenen Delegationen

in die festlich geschmückte Kongreßhalle. Auf dem Wege dorthin wurden die Abordnungen von Bannerträgern und Musikkapellen begleitet. Die amerikanischen Zeitungen hatten ein gewaltiges Aufgebot von Journalisten nach Kansas City entsandt und enthalten spaltenlange Berichte über den voraussichtlichen Ausgang der Abstimmung. Für die Pressevertreter war in geradezu vorbildlicher Weise gesorgt worden. Sie konnten direkt von ihrem Arbeitstisch aus auf eigenem Telegraphendraht mittels Fernschreiber ihre Redaktionen von jeder einzelnen Phase des Versammlungsverlaufs unterrichten.

Schon lange vor Beginn der Konventseröffnung war

die Galerie überfüllt.

Sobald eine der in geschlossenen Formationen anrückenden Abordnungen die riesige Halle betrat, wurde sie vom Publikum stürmisch begrüßt. Jeder Delegierte trug an seinem Rock das Abzeichen seines Heimatstaates. Der erste Tag war lediglich der Wahl des Präsidiums und der einzelnen Ausschüsse gewidmet. Der Vorsitzende des Republikanischen Nationalkomitees, Butler, hielt die Eröffnungsansprache, in der er die Delegierten begrüßte und ihren Verhandlungen Erfolg wünschte. Darauf wurde Senator Feß zum Verhandlungsleiter während der Dauer des Konvents gewählt. Er hielt eine programmatische Rede, in der er die bisherige Politik der Republikanischen Partei einer rückschauenden Betrachtung unterzog und deren großen Verdienste um die Vereinigten Staaten und die ganze Welt unterstrich. Besonders warme Worte der Anerkennung widmete er dem Präsidenten Coolidge, dessen ablehnende Haltung gegenüber seiner Wiedernominierung als republikanischer Kandidat von allen Republikanern aufrichtig bedauert werde.

Die Rede Feß' bildete gewissermaßen die „Tonart", in der die kommenden Verhandlungen innerhalb des Konvents geführt werden sollen.

Die ersten Abstimmungen werden erst am Donnerstag erfolgen.

In der Republikanischen Partei bekämpfen sich mehrere Strömungen. Während die eine Handelsstaatssekretär Hoover auf den Schild heben will, ist eine Gruppe von Delegierten für den ehemaligen Gouverneur Lowden, der bisher 250 Stimmen für sich gewonnen hat. Eine andere wiederum protegiert die Nominierung des Generals Dawes. Das Rennen kann bereits als zugunsten Hoovers entschieden betrachtet werden, für den von insgesamt 1089 versammelten Delegierten mit Sicherheit 480 stimmen werden. Dazu kommen noch die hinter Schatzsekretär Mellon stehenden 79 Delegierten von Pennsylvania, die geschlossen für Hoover eintreten werden. Die dahingehende heute von Mellon abgegebene Erklärung hat bei den Gegnern Hoovers die größte Enttäuschung hervorgerufen. Einen weiteren Stimmenzuwachs wird Hoover durch die Abgesandten des Staates Massachusetts erhalten, die ebenfalls beschlossen haben, die Kandidatur des Staatssekretärs zu unterstützen.

Damit ist die Aufstellung Hoovers als republikanischer Präsidentschaftskandidat schon im ersten Wahlgang als gesichert anzusehen. Das von seinen Gegnern noch in letzter Minute ausgespielte Argument, daß die Republikanische Partei in den Novemberwahlen eine schwere Niederlage erleiden würde, falls Hoover als Präsidentschaftskandidat tatsächlich nominiert werden sollte, hat sich somit bei den Delegierten nicht als zugkräftig erwiesen.

Als Stimmungsbarometer kann auch die in Wall Street herrschende Auffassung von dem Ausgang der Abstimmung angesehen werden, wo Wetten abgeschlossen wurden, die mit 3:2 für Hoover lauten. Der Entwurf des Programms der Republikanischen Partei für die kommenden Wahlen ist inzwischen von Senator Smoot ausgearbeitet worden. Das Programm läßt eine bestimmte Stellungnahme zur Prohibition und zu den Farmerwünschen noch offen. Namentlich

Die Burleske von Colmar

Die „Urteile" im zweiten Colmarer Prozeß

s. **Straßburg**, 12. 6. (Eigenbericht)

Das Schwurgericht in Colmar verhandelte heute hinter geschlossenen Türen gegen sieben Elsässer im Ausland, die des „Komplotts" gegen die innere Sicherheit Frankreichs angeklagt waren. Verteidiger waren in diesem merkwürdigen Prozeß nicht zugelassen, nur der aus den französischen Kriegsgerichtsverhandlungen der Ruhrkriegszeit bekannte Essener Anwalt Grimm durfte für den mitangeklagten katholischen Theologen Professor Schmidlin von der Universität Münster sprechen.

Das Gericht verhängte folgende „Strafen": gegen Ley 20 Jahre Haft, gegen Ernst, Postdirektor Pinck und Roos, den in die Schweiz geflüchteten Landessekretär des „Elsaß-Lothringer Heimatbundes" je 15 Jahre Haft, gegen Professor Schmidlin, Pfarrer Hirtzel und Kaufmann Zadock je 10 Jahre Haft. Ueber alle sieben Verurteilten wurde Aufenthaltsverbot für die Dauer von 20 Jahren verhängt, so daß ihnen während dieser Zeit das Betreten Elsaß-Lothringens unmöglich ist. Ferner wurden ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt.

Gegen das Urteil gibt es kein Rechtsmittel. Die Verurteilten können jedoch ein normales Schwurgerichtsverfahren beantragen.

Die Tragödie von Colmar ist in diesem zweiten Akt des Komplottprozesses fast in eine Burleske übergegangen. Wenn Frankreich im Ernst glauben sollte, daß es durch solche drakonischen Strafen sein Prestige retten kann, oder wenn es gar annimmt, daß durch solche Methoden die gerechten elsaß-lothringischen Volksforderungen niedergehalten werden könnten, so wird es bitter enttäuscht werden. An die „deutschen Agenten" glaubt nach den Autonomistenwahlen und nach den 20 Tagen Colmar-Prozeß niemand mehr im Ausland. Auch doppelt so hohe Strafen hätten diesen Glauben nicht erzwingen können.

*

Paris, 12. 6.

Der zur Nachprüfung der Wahl in den Wahlkreisen Altkirch und Kolmar zuständige Kammerausschuß hat heute nachmittag beschlossen, der Kammer die Gültigkeitserklärung der Wahl der Abgeordneten Ricklin und Rosse, die in den Wahlkreisen nicht angefochten wurde, vorzuschlagen.

Tientsin von den Nationalisten besetzt

New York, 12. 6.

Wie das Staatsdepartement mitteilt, haben die Nationalisten Tientsin besetzt.

*

sx. **London**, 12. 6. (Eigenbericht)

Nach einer Agenturmeldung aus Tokio hat das japanische Kriegsministerium aus Mukden Informationen erhalten, die den Tod Chang Tso-lins bestätigen. Von anderer Seite liegen direkte Meldungen aus Mukden immer noch nicht vor, da in der Residenz des Marschalls seit dem Attentat kein Ausländer mehr empfangen worden ist.

Das Unglück bei Siegelsdorf

Der Streckenbau genügte den Anforderungen

Im Zusammenhange mit dem Eisenbahnunglück bei Siegelsdorf ist die Frage erörtert worden, ob der an der Unglücksstelle liegende Oberbau und die Form des Schienenkopfes der Fahrgeschwindigkeit genügt. Dazu wird von sachmännischer Seite folgendes bemerkt:

Bei der Reichsbahn sind im allgemeinen drei Schienenformen in Benutzung: die früheren preußischen Formen 8 und 15, die bereits vor dem Kriege gebraucht wurden, und der neue Reichsbahnoberbau S 49. Alle diese im Gebrauch befindlichen Formen würden theoretisch jeder Fahrgeschwindigkeit genügen. Sie werden nur je entsprechend ihrer Stärke abgenutzt und erfordern, je schneller sie befahren werden, umso höhere Unterhaltungskosten. Ebenso muß das Gleis bei schnellerem Befahren öfter durchgearbeitet werden. An der Unfallstelle liegt der neue Reichsbahnoberbau (Schienenform 49). Dieser ist besonders schwer konstruiert mit Rücksicht auf die gesteigerten Fahrlasten.

Weiter ist die Frage der Ueberhöhung der Außenschiene im Bogengleise in die Erörterung geworfen worden. Durch die gesetzliche Bau- und Betriebsordnung und durch die Oberbauvorschriften ist die in Krümmungen größtzulässige Fahrgeschwindigkeit und die gemäß der Fahrgeschwindigkeit nötige Ueberhöhung der Außenschiene festgelegt. Entsprechend der Geschwindigkeit, mit der auf den einzelnen deutschen Strecken Züge verkehren, sind die Gleise verlegt, und dementsprechend sind natürlich auch die Außenschienen überhöht.

Fast alle nichtdeutschen Verwaltungen haben das in Deutschland bisher übliche Maß der Ueberhöhung der Außenschiene in ähnlicher Weise vorgeschrieben.

Amerikanischer Funkdienst

New York, Devisen- und Geldmarkt

Devisenkurse von 3 Uhr nachmittags

	12. 6.	11. 6.
Tägl. Geld	6 ½	5½
Bankakzepte (90 Tage) B	4 ⅛	4 ⅛
do. do. G	4⅛	4⅛
Pa. Handelsw. niedrig. Kurs	4½	4½
do. höchster	4⅛	4⅛
Berlin Mittelk.	23,89	23,89½
„ bez.	—.—	—.—
London Kabel Tr.	4,88⅛	4,88⅛

	12. 6.	11. 6.
London 60 T.	4,84 9/16	4,84⅝
Paris	3,93	3,93⅛
Brüssel	13,97	13,96
Amsterdam	40,34⅛	40,35
Zürich	19,26⅝	19,27
Oslo	26,79½	26,79½
Kopenhagen	26,84	26,83
Prag	2,96½	2,96½
Rom	5,25⅝	5,25⅝
Madrid	16,62	16,63
Silber	60½	60½

New York, Produktenmarkt

	12. 6.	11. 6.
Kaffee Santos	23,75	23⅝
„ Rio loko	15 9/16	15 9/16
„ Juli	14,75	14,86
„ Septbr.	14,96	15,07
„ Dezbr.	15,05	15,15
„ März 1929	14,96	15,00
„ Mai	14,86	14,91
Baumwolle loko	20,65	20,95
„ Juli	20,60	20,46
„ August	20,21	20,53
„ Septbr.	20,26	20,58
„ Oktbr.	20,23	20,55
Zufuhr	6000	6 000
Kupfer elektr.	14,77½	14,77
„ 30-90 Tage	14,80	14,85
Zinn	48,75	49,12
Blei	6,30	6,30
Zink	6,15	6,15
Roheisen p. Bahn	20,45	20,45

	12. 6.	11. 6.
Roheisen p. Schiff	—.—	—.—
Weißblech	5,25	5,25
Schmalz West.	12,30	12,40
Talg extra lose	8⅛	8,30
Bw. Saatöl loko	10,15	10,35
„ Juli	10,15	10,17
„ Aug.	10,35	10,41
Petrol. Stand. wh.	17,40	17,40
„ Fässern	14,00	14,00
„ Midcontinent	1,19	1,19
Pennsylv. Rohöl	2 80	2,80
Zucker Juli	2,52	2,55
„ Sept.	2,63	2,65
„ Dezbr.	2,72	2,74
Kautsch. crepe	19⅛	19½
„ sheet	19⅛	19⅛
Terpentin	52,00	55,00
„ Savannah	47,00	49,00
Baumw. N. Orl.	20,10	20,43

	12. 6.	11. 6.
Weizen, rot.	175⅛	178
Hartwinter	157⅛	160½
Mais, loko	116½	116⅛

	12. 6.	11. 6.
Mehl, Sp.	6,50—7,00	6,50—7,00
Getrfr. Engl.	1/6—2/3 sh	1/6—2/3 sh
Kontinent	8—10 cts	8—10 cts

Chicago, Produktenmarkt

	12. 6.	11. 6.
Weizen Juli	139⅛	141⅛
„ Septbr.	141	143⅛
Mais Juli	104	103⅛
„ Septbr.	102⅛	102⅛
Hafer Juli	54	55½
„ Septbr.	46	46⅛
Roggen Juli	124⅛	128
„ Septbr.	120	122⅛
Schmalz Juli	11,67½	11,77½

	12. 6.	11. 6.
Schmalz Septbr.	12,02½	12,10
Rippen Juli	12,50	12,20
Speck	12,50	12,50
Leichte Schweine niedr.	8,75	8,75
Leichte Schweine höchst.	10,10	10,05
Schwere Schweine niedr.	9,35	9,40
Schwere Schweine höchst.	10,20	10,05
Zufuhr Chicago	23 000	58 000
Zufuhr Westen	90 000	130 000

Chinas Einigung wieder gefährdet

Die nationale chinesische Regierung hat in weiser Selbstbeschränkung darauf verzichtet, durch eine gewaltsame militärische Eroberung der alten Reichshauptstadt Peking sich vor dem eigenen Volke und dem Forum der ganzen Welt mit einem Knalleffekt in Szene zu setzen. Dieser Verzicht zeigt erfreuliche Besonnenheit und staatsmännische Klugheit bei den zurzeit die Geschicke des chinesischen Volkes leitenden Politikern und militärischen Führern. Ein Zusammenstoß mit den abziehenden mandschurischen Truppen wurde auf diese Weise vermieden und damit Massaker und Plünderung in Peking, die voraussichtlich zu neuen Konflikten mit den Fremdmächten und namentlich mit Japan geführt hätten, das fest entschlossen ist, die selbstgewählte Rolle des „Praeceptor Chinae" bis zum guten Ende weiterzuspielen. Dem innerpolitischen Feinde wurde dadurch eine goldene Brücke gebaut, auf der jetzt schon in hellen Scharen Soldaten und Bürger in die Arme der nationalen Regierung laufen. Auch ging man zunächst einer Auseinandersetzung der Führer der einzelnen Heeresgruppen aus dem Wege, die bei einer gemeinsamen Eroberung Pekings unvermeidlich gewesen wäre, da diese einzelnen Gruppen, wenn auch zurzeit durch ein gemeinsames Ziel unter der nationalen Regierung geeint, doch in sich geschlossene, auf den Namen, und die Ideen ihrer militärischen Führer abgestempelte Einheiten bilden.

Vorbedingung für Umwertung des gegenwärtigen militärischen Sieges in einen politischen Erfolg ist die weitere friedliche Zusammenarbeit der an der Pekingexpedition mit ihren Armeen beteiligten Generale Yen Hsi-shan, Feng Yü-hsiang und Chiang Kai-shek untereinander und mit der nationalen Kuomin-Regierung. Mit der Eroberung Pekings ist eine so klare innenpolitische Lage geschaffen, wie sie seit dem Ausbruch der Revolution im Jahre 1911 noch niemals bestand. Die Staatsgewalt in China ist de facto in der Kuomin-Partei begründet, die ihrerseits in der Nanking-Regierung einen zentralen Regierungsapparat geschaffen hat. Einen anderen in sich geschlossenen Machtfaktor, der mit einiger Aussicht auf Erfolg der Nanking-Regierung die Zuständigkeit bestreiten könnte, gibt es zurzeit in China nicht, so daß diese Regierung nach internationalem Recht auch de jure besteht. Das Verhältnis der Kuomin-Partei zur Nanking-Regierung ist ähnlich, wie das Verhältnis der Kommunistischen Partei in Rußland zur Sowjetregierung. Die Kuomin-Partei ist rein formal nach dem Muster der Kommunistischen Partei in Rußland organisiert, ohne deren Ideen zu vertreten, und hat ihre höchsten Organe in einem Nationalkongreß und einem Zentralexekutivausschuß. Die Nanking-Regierung ist mehr oder weniger ihr Exekutivorgan, tritt aber nach außen hin und namentlich den fremden Mächten gegenüber als die eigentliche Regierung Chinas auf. Die drei obengenannten Generale, die sich der Kuomin-Partei angeschlossen haben, sind daher Organe der militärischen Exekutive der Nanking-Regierung.

So wäre alles in bester Ordnung, wenn einerseits innerhalb der Kuomin-Partei eine feste Einigung bestände, und wenn andererseits die Generale tatsächlich nur auf den Befehl der Nanking-Regierung hören würden. Bisher hat die Kuomin-Partei, solange es sich um den Kampf gegen Chang Tso-lin handelte, zusammengehalten. Doch werden voraussichtlich die verschiedenen politischen Kliquen innerhalb der Partei in einen schärferen Gegensatz zueinander treten, sobald es sich jetzt darum handelt, die neue Regierung auf ganz China auszudehnen und zu organisieren. Es müßte daher die nächste Sorge der Kuomin-Partei bzw. der Nanking-Regierung sein, möglichst bald ein zentrales Organ, sei es einen Volksausschuß, sei es einen der Regierung beigegebenen Rat, der sich aus Vertretern aller Teile Chinas zusammensetzt, zu schaffen; in dem sich die verschiedenen Strömungen in legitimer Weise auseinandersetzen können, ohne daß dadurch der Bestand der Partei und damit der Nanking-Regierung in Frage gestellt wird. Peking, das nunmehr formell unter der Nanking-Regierung steht, wird die erste Probe sein, ob diese Regierung tatsächlich die Macht besitzt, ihren Willen durchzusetzen und Nordchina dem von ihr bisher verwalteten Gebiet Chinas einzugliedern.

Nachdem es anfänglich die Absicht der Nanking-Regierung gewesen war, Peking und damit Nordchina durch eine von Nanking delegierte Regierungskommission zu übernehmen, ist vor einigen Tagen in Nanking der Beschluß gefaßt worden, China in sechs größere Verwaltungsprovinzen zu teilen. Auf diese Weise wollte man — nicht ungeschickt! — die Ansprüche der verschiedenen Politiker und Generale befriedigen, die sich bei der Durchführung der Revolution verdient gemacht haben. Nach dieser Einteilung Chinas sollte die militärische Gewalt in Peking dem General Yen Hsi-shan zufallen, während Feng Yü-hsiang die Provinz Schantung, Honan, Shensi und Kansu als militärische Verwaltungsbezirke zugeteilt werden sollte. General Chiang Kai-shek war der Sitz in Nanking und der militärische Oberbefehl über die mittleren Yangtse-Provinzen zugedacht. In gleicher Weise sollten Kanton und Hankau Regierungssitz für das südliche bzw. westliche China werden.

Leider scheint, schon ehe dieser Plan zur Durchführung gelangt ist, sich von neuem Uneinigkeit in die Reihen der Parteien einzuschleichen. Yen Hsi-shan hat, dem Abkommen entsprechend, Peking besetzt, aber General Feng Yü-shiang verfolgt